



駐德國台北代表處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland



Taiwan Newsletter

Politik

Vizepräsident Lai im virtuellen Gespräch mit Nancy Pelosi



Vizepräsident William Lai Ching-te ist nach seinem Besuch in Honduras, wo er an der Amtseinführung der neuen Präsidentin Xiomara Castro teilnahm, wieder nach Taiwan zurückgekehrt. Er führte in dem zentralamerikanischen Land auch bilaterale Gespräche mit Castro und anderen Offiziellen.

Bei der Rückreise legte der Vizepräsident einen Zwischenstopp in San Francisco ein und tauschte sich bei einem virtuellen Zusammentreffen auch mit der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi aus. Laut Taiwans Repräsentantin in Washington, Hsiao Bi-khim, sprachen beide über Sicherheit, Wirtschaft und gemeinsame Werte. Pelosi habe sich besorgt über den Status und die Sicherheit in der Taiwanstraße gezeigt, sowie über die Menschenrechtssituation in China, berichtete Hsiao.

Außerdem habe Pelosi ihre Unterstützung für Taiwans Beteiligung an Aktivitäten und Mechanismen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) betont und Taiwans Bemühungen im Kampf gegen COVID-19 anerkannt. Sie unterstrich, dass Taiwan nicht von der WHO ausgeschlossen werden sollte.

Vizepräsident Lai hielt während seines Aufenthalts in San Francisco Videokonferenzen mit Yvonne Maldonado, stellvertretende Dekanin an der School of Medicine Stanford University, Michael Splinter, Vorsitzender des US-Taiwan Business Council, US-Senatorin Tammy Duckworth, und weiteren US-amerikanischen Politikern sowie Vertretern der taiwanischen Community in San Francisco ab.

Taiwans Außenminister Wu im ZDF-Interview



Taiwans Außenminister Jaushieh Joseph

Wu, gab Elmar Theveßen, Leiter des ZDF-Studios in Washington ein Interview, das am 1. Februar auf der Website des Senders veröffentlicht wurde. Einige Ausschnitte daraus waren in der ZDF-Dokumentation - „Die Rivalen - China versus USA“ - im Rahmen des ZDF-auslandsjournals am 2. Februar zu sehen.

Außenminister Wu erklärte, China verstärke weiterhin seine militärische Bedrohung gegenüber Taiwan. Chinas Ehrgeiz, das Land zu erobern, sei offensichtlich. Er warnte davor, dass Chinas militärische Übungen in Taiwans Luftüberwachungszone im Ost- und Südchinesischen Meer auch fehlschlagen könnten. Falls China Taiwan angreifen sollte, wäre das Land entschlossen und darauf vorbereitet, sich zu verteidigen, betonte er. Taiwan habe Vertrauen in die Verpflichtung der Vereinigten Staaten zum „Taiwan Relations Act“. Die USA werden Taiwan weiterhin mit Verteidigungswaffen versorgen, bei der militärischen Ausbildung unterstützen und Informationsaustausch auf höchster Ebene pflegen.

Bezogen auf die Eröffnung einer taiwanischen Repräsentanz unter dem Namen Taiwan Vertretung in Vilnius, die von China mit großem Druck auf Litauen und deutsche Unternehmen, die mit dem Baltikumsland Handel treiben, beantwortet wurde, sagte Wu, der Autoritarismus breite sich nicht nur in der Indo-Pazifik-Region aus, auch Europa bekäme Chinas Druck zu spüren.

Ferner wies er darauf hin, es sei angesichts der Entwicklung der letzten zwanzig bis dreißig Jahre ganz offensichtlich, dass China nach globaler Dominanz strebe.

Wenn wir nicht zulassen wollen, dass Autoritarismus unsere Lebensweise dominiert, müssen wir China gegenüber klar machen, dass die demokratische Welt Chinas bösartigen Einfluss auf andere Länder nicht toleriert.

Das vollständige Interview sowie die Dokumentation finden Sie unter:
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/taiwan-china-usa-josef-wu-100.html>

Taiwans Botschafter kommt in den Sendern 3sat und ZDF zu Wort



Der Fernsehsender 3sat strahlte am 27. Januar in der Sendung „Scobel“ eine Folge zum Thema „Die neue Weltordnung“ aus.

Es ging darin um den Konflikt zwischen Demokratie und Autokratie. Russland und Ukraine sowie China und Taiwan standen im Fokus der Diskussion.

Botschafter Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh kam in Einspielern zu Wort: „Taiwan ist kein Spielball und so lange Taiwan da steht, als ein Teil der freien Welt, ist geopolitisch die Sicherheit der Welt der Freiheit garantiert. Denn Taiwan ist ja eine Insel mit der Ostküste zum Pazifik, durch die Schifffahrtsroute dort in der Region läuft mehr als ein Drittel des Welt-handelsvolumens. Deutschland, Frankreich, UK, die wären alle direkt sehr negativ davon betroffen, wenn China Taiwan in die Klauen kriegen würde.“

Weiter betonte der Botschafter, dass die Welt der Freiheit von einer starken militärischen Macht – China – bedroht werde, und Taiwan ganz vorne an der Front stehe, denn innerhalb von fünf Minuten könnten chinesische Kampffjets in Taiwans Luftraum eindringen. Jeden Augenblick steht Taiwan vor der Gefahr, dass ein Krieg vom Zaun gebrochen wird.

In der ZDF-Sendung Frontal am 1. Februar stand Deutschlands neue China-Politik sowie der Koalitionsvertrag, in dem auch Taiwan erwähnt wird, im Mittelpunkt.

Experten, die in Intervieweinspielern zu Wort kamen, waren Anna Marti, Leiterin der Friedrich-Naumann-Stiftung in Taiwan, Angela Stanzel von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Klaus-Peter Willsch, Vorsitzender vom Parlamentarischen Freundeskreis Berlin-Taipeh, sowie Botschafter Prof. Dr. Shieh, der abschließend an die Bundesregierung appellierte, „gegenüber China etwas mehr Mut zu haben.“

Beide Sendungen finden Sie unter:
<https://www.3sat.de/wissen/scobel/scobel---die-neue-weltordnung-100.html>

<https://www.zdf.de/politik/frontal/deutsche-china-politik-taiwan-im-koalitionsvertrag-100.html>

Videokonferenz mit Außenminister Wu in Gedenkstätte Auschwitz

Außenminister Wu sprach am 25. Januar per Videozuschaltung anlässlich der Einweihungszeremonie der Spendermauer am Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau (PMO) im polnischen Oświęcim und bekräftigte, die einmütige Entschlossenheit, gemeinsame Werte, Freiheit und Menschenrechte zu fördern.

Er lobte das Museum für seine unermüdlichen Anstrengungen, Dokumente und historische Stätten des Holocaust zu erhalten. Taiwan habe während seines Übergangs zu einer lebendigen Demokratie gleichfalls großes Elend überwunden und die Regierung in Taipeh fühle sich der Versöhnung mit der Vergangenheit verpflichtet und wolle Übergangsgerechtigkeit vorwärtsbringen.